

Waffenhandel

Schweizer Käse

Trotz des Uno-Embargos gelangten russische Waffen aus der Ex-DDR in größeren Mengen nach Serbien.

Die Zufahrtswege lagen gut versteckt in den dichten Wäldern und blieben selbst den Präzisionskameras der Beobachtungssatelliten verborgen. Erst eine Uno-Patrouille entdeckte durch Zufall die illegale Schotterpiste für schwere Lastwagen und eine komplette Eisenbahnlinie an der rumänisch-jugoslawischen Grenze.

Der Nachschub in die Kriegsgebiete auf dem Balkan ist hervorragend organisiert. Trotz des vor anderthalb Jahren verschärften Embargos der Vereinten Nationen gegen Serbien und Montenegro kommen massenhaft Waren, Waffen und Treibstoff ins Land. Auch die Ausfuhr serbischer Handelsware nach Deutschland floriert. Die Grenze sei „löchrig wie ein Schweizer Käse“, höhnte die mazedonische Zeitung *Večer*.

An der Uno-Operation „Sanction Assistant Mission“ (SAMCOMM) zur Überwachung des Embargos beteiligen sich – erstmals – auch deutsche Zöllner. 19 Beamte tun Dienst an den Grenzen in Bulgarien und Rumänien. Auf der Donau patrouillieren die Zollboote „Hannover“ und „Scharnebeck“ mit 27 Mann Besatzung.

Im Kölner Zollkriminalamt (ZKA) wertet eine „AG-Jugoslawien“ die Informationen aus, die SAMCOMM aus

den Grenzregionen über deutsche Blockadebrecher anliefert.

Die Ergebnisse sind bisher mager: Ein Händler wurde wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz gerichtlich belangt, weil er serbisches Kaffeeporzellan eingeführt hatte. Verfahren laufen gegen Importeure von Baustoffen, Haushaltswaren, Textilien und Schuhen aus Serbien. Ein Kaufmann wurde beim Export von Kosmetika nach Jugoslawien geschnappt. Busunternehmen, die jugoslawische Gastarbeiter nach Hause transportierten, mußten sich wegen „verbotener Dienstleistungen“ verantworten. Insgesamt hat das ZKA 521 Verfahren laufen – doch von Waffen oder brisanten Kriegswaren keine Spur.

Ein drastisches Urteil fällt das Landgericht Saarbrücken im August gegen einen Spediteur, der 155 Tonnen tiefgefrorene Himbeeren und Himbeergrieß aus Serbien an deutsche Marmeladenfabriken geliefert hatte: Der Mann bekam fast sechs Jahre Gefängnis. „So hohe Strafen gibt es sonst nur für den Verkauf von Raketenzündern oder Atommaterial an den Irak“, sagt Anwalt Stephan Krempel, der für seinen Mandanten Revision eingelegt hat.

„An die richtig dicken Brocken“, klagt der österreichische Zollfahnder Gerhard Draxler, „kommen wir nicht ran.“ In seinem Computer sind rund 250 Embargobrecher gespeichert, darunter die serbische Spedition Lakić, die von einem Bürogebäude im Wiener 12. Bezirk aus in ganz Westeuropa operiert – mit falschen Frachtbriefen und fingierten Transportpapieren, so die Fahnder. Bei einer Durchsuchung fiel den Ermittlern „zentnerweise“ (Draxler) Material in die Hände.

„Von den illegalen Ex- und Importen“, glaubt Draxler, „läuft vieles über Deutschland“ – und an den Zöllnern vorbei, vor allem die großen Waffengeschäfte.



Russen-General Burlakow
Modernstes Kriegsgerät verschoben

Aus Beständen der sowjetischen Elitetruppen im Ostblock haben russische Generale modernstes Kriegsgerät an die Serben verschoben. Eine zentrale Figur bei den Deals war nach den Erkenntnissen des Frankfurter Instituts für Sowjetstudien (Isos) der Oberbefehlshaber der Westgruppe der russischen Truppen in der ehemaligen DDR, Matwej Burlakow, 59. Der General, inzwischen als stellvertretender Verteidigungsminister in Moskau abgesetzt, hatte die Aufsicht über den Rückzug aller russischen Truppen aus der Ex-DDR.

Aus den Arsenalen der einstigen Sowjetarmee

▷ gelangten etwa ab März 1991 über hundert Zwillingssflaks ZU-23 sowie 300 Schützenpanzer des Typs BMP-2 in das Krisengebiet;

▷ wurde im November 1991 Serbenführer Radovan Karadžić via Ungarn mit



Luftaufnahme serbischer Flugabwehrkanonen: „Größter Waffenmarkt der Welt“



Nach dem Uno-Embargo ist der Waren- und Dienstleistungsverkehr mit Rest-Jugoslawien weitgehend verboten. Der deutsche Zoll kontrolliert in Rumänien und Bulgarien. Für Waffen besteht nach Uno-Beschlüssen ein totales Einfuhrverbot.

1000 russischen Panzerbüchsen und Panzerabwehrkanonen beliefert;
 ▷ gingen im Herbst 1992 rund 100 schwere Granatwerfer M-240 sowie 50 funkmeßgesteuerte Flugabwehr-Selbstfahrlafetten „Schilka“ nach Serbien.

Das Kriegszeug wurde nach Isos-Recherchen via Ukraine nach Jugoslawien geschmuggelt. Im Mai dieses Jahres folgten 92 Panzer vom Typ T-72. Ende September wurden nach US-Erkenntnissen 83 schwimmfähige 122-Millimeter-Haubitzen mit einer Reichweite von 15 Kilometern nach Serbien gebracht. Ebenfalls melden russische Einheiten neuerdings „Fehlbestände“ der hochmodernen Flugabwehrrakete S-300 b. Damit wächst bei einer Eskalation des Krieges die Gefahr, so Isos-Experte Nikolai Nor-Mesek, „daß auch Nato-Flugzeuge abgeschossen werden können“.

Nach „verlässlichen Schätzungen“ aus dem russischen Verteidigungsministerium wurden über 4000 Waggon aus den ehemaligen Westgebieten der sowjetischen Streitkräfte auf den Balkan umdirigiert. „Aus ost-deutschen Depots“, schrieb die in Chicago erscheinende Fachzeitschrift *The Bulletin of the Atomic Scientists*, „sind die meisten Waffen nach Kroatien umgeleitet worden.“

Die moslemischen Kriegsgegner sind kaum schlechter dran. Getarnt als „humanitäre Hilfe“, liefern nach

den Erkenntnissen der US-Dienste islamische Bruderstaaten Munition und Waffen.

In der slowenischen Stadt Maribor etwa stürmten örtliche Sicherheitskräfte ein Lager mit 150 Tonnen Granaten, automatischen Waffen sowie Raketen. Die Lieferung aus der Ukraine war für Bosnien bestimmt. Ein österreichischer Geschäftsmann hatte die Waren offenbar im Auftrag einer islamischen Hilfsorganisation besorgt.

Westeuropäische Waffenhändler versuchten 1993 japanische

Jeeps, Boden-Boden-Raketen und automatische Gewehre aus dem Iran nach Bosnien zu liefern. „Jugoslawien“, sagt Paul Beaver, Balkanspezialist der Londoner Jane's Information Group, eines Militärfachverlags, „ist derzeit der größte Waffenmarkt der Welt.“

Der Basar dient nicht nur dem Eigenbedarf. Serbische Staatsfirmen verkaufen nach Erkenntnissen der amerikanischen Geheimdienste auch erbeutetes Kriegsgerät nach Nahost. Im Gegenzug liefert etwa der Iran Rohöl, das über Schiffstransporte auf rumänischen Nebenkanälen der Donau nach Serbien geschifft wird.

Nach einem Bericht des Bundesnachrichtendienstes (BND) vermakelte die serbische Außenhandelsfirma Rudnap in Belgrad „rüstungsrelevante Waren“ an den Irak, Jordanien und Libyen. Geschäftsführer Petar Andjelković von der Wiener Tochterfirma Rudimex weist die



Deutsche Zollboote auf der Donau
 Porzellan und Himbeeren

T. EINBERGER / ARGUM

Beschuldigung zurück. Seine Firma habe durch das Uno-Embargo starke Einbußen erlitten und handle derzeit vornehmlich mit „Industriegütern, Rohstoffen und Chemikalien“, die „auch in der Landwirtschaft zur Bekämpfung von Hagelschlag“ verwendet würden.

Die Späher des BND haben noch eine böse Ahnung: „In jüngster Zeit“, so vermerkten sie in einem Bericht an das Bonner Kanzleramt, „werden Firmen aus dem ehemals jugoslawischen Staatsgebiet verstärkt in den iranischen, aber auch libyschen Rüstungsprogrammen erkannt.“ □

Umwelt

Gift im Gebälk

In Bayern sind viele Forsthäuser mit gesundheitsschädlichen Holzschutzmitteln verseucht – im übrigen Bundesgebiet vermutlich auch.

Gelb getüncht war das Haus und von einem hübschen Garten umgeben. Als der Forstmann seine neue Dienstwohnung in dem fränkischen Dörfchen Ruppertshütten bei Würzburg bezog, freuten sich alle Familienmitglieder.

In dem entlegenen Flecken im Spessart gab es keinen Autolärm, die Luft war klar und frisch. Und wenn der

* Mitte letzter Woche beim Besuch des Forsthauses in Ruppertshütten.

Weidmann aus dem Fenster schaute, blickte er auf Wald und Wiesen.

Doch die Idylle trog. Drinnen in dem gemütlich mit Holzpaneelen verkleideten Landhaus war die Luft offenbar nicht allzu gesund. Bald litt der Förster an unerklärlichen Bindegewebsschwächen, seine Frau und die beiden Söhne bekamen Gelenkschmerzen und Angstzustände; ständig klagte jemand über Migräne.

Der Grund für die rätselhaften Erkrankungen scheint mittlerweile geklärt: Nach einem Urteil des Würzburger Verwaltungsgerichts vom August dieses Jahres ist die Försterfamilie regelrecht vergiftet worden – mit gefährlichen Holzschutzmitteln, die in dem schmucken Forsthaus aus Gebälk und Wandverkleidungen dampften.

Um die Wiedergutmachung für die kränkelnde Familie jedoch ist ein erbitterter Streit entbrannt: Die bayerische Staatsregierung lehnt es ab, die gerichtlich verfügte Entschädigung (von 200 000 Mark) zu bezahlen und hat Berufung eingelegt. Landwirtschaftsminister Reinhold Bocklet (CSU) will vorerst keinen Pfennig herausrücken. „Es kann ja sein“, erklärte er vergangene Woche vor Angehörigen der grünen Zunft, „daß da plötzlich der Rechnungshof bei uns anklopft.“

Womöglich klopfen noch ganz andere an. Denn es droht eine Welle von Entschädigungsansprüchen mit derzeit nicht abschätzbarer Dimension. Die Berufsvertretung der Forstleute will eine Verfassungsklage gegen die bayerische Landesregierung anstrengen, die bayerischen Grünen haben Strafanzeige erstattet: Ausgerechnet die Weidmänner, tagsüber stets in der frischen Waldluft unterwegs, wurden daheim in ihren Stuben offenbar jahrzehntelang mit



Minister Bocklet (M.), Beamte*: „Wie hätten wir sicher sein sollen?“